

Wir haben die Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zu Drohnen und gezielten Tötungen übersetzt.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 094/15 – 05.05.15

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat eine Resolution zu Drohnen und gezielten Tötungen verabschiedet

23.04.15

(<http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=21746&lang=en>)

Resolution 2051 (2015) / Vorläufige Version

Drohnen und gezielte Tötungen: Die Notwendigkeit, die Menschenrechte und das Völkerrecht einzuhalten

Autor/en: Parlamentarische Versammlung (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentarische_Versammlung_des_Europarates , nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Parlament!)

Beschlossen auf der 17. Sitzung am 23. April 2015 auf der Grundlage eines Berichtes des "Committee on Legal Affairs and Human Rights" (des Komitees für rechtliche Angelegenheiten und Menschenrechte, Infos dazu unter http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Committee/JUR/role_E.htm), vorgelegt von dem Berichterstatter Herrn Arcadio Díaz Tejera (Der Bericht ist aufzurufen über <http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=21580&lang=en>) zusammen mit der Empfehlung 2069 (2015) (s. <http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=21747&lang=en>)

1. Der Einsatz bewaffneter Drohnen für gezielte Tötungen wirft nach Meinung der Parlamentarischen Versammlung große Probleme in Bezug auf die Menschenrechte und das Völkerrecht auf.

2. Die Parlamentarische Versammlung stellt fest, dass mehrere Mitgliedstaaten und Staaten mit Beobachterstatus im Europarat oder in der Parlamentarischen Versammlung Kampfdrohnen als Kriegswaffen für gezielte Tötungen von als Terroristen verdächtigten Personen in mehreren Staaten einsetzen, u.a. in Afghanistan, Pakistan, Somalia und im Jemen.

3. **Mehrere Mitgliedstaaten des Europarates besitzen bereits Kampfdrohnen, wollen welche beschaffen oder haben geheimdienstliche Informationen an Staaten weitergegeben, die Kampfdrohnen für gezielte Tötungen einsetzen, diese also bei der Durchführung von Drohnen-Angriffen unterstützt.** (Auch der BND hat Telefonnummern und sonstige Erkenntnisse weitergegeben, die US-Drohnen-Angriffe ausgelöst haben, s. dazu auch <http://www.n-tv.de/politik/Daten-stammen-aus-Funkzellenauswertung-article11152396.html>). **Außerdem betreiben die USA auf dem Territorium von Mitgliedstaaten des Europarates Relaisstationen, die für die Durchführung von Drohnen-Angriffen unentbehrlich sind.** (Gemeint ist die SATCOM-Relaisstation auf der US Air Base Ramstein, s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP08515_230415.pdf .)

4. Bewaffnete Drohnen ermöglichen ferngesteuerte Angriffe, die das eigene Personal des Angreifers nicht dem Risiko aussetzen, verletzt oder gefangen genommen zu werden. Die

Fähigkeit der mit empfindlichen Sensoren ausgestatteten Drohnen, längere Zeit über potentiellen Zielen kreisen zu können, macht es möglich, Angriffe erst nach gesicherten aktuellen Beobachtungen zu starten. Diese Vorteile haben in den letzten Jahren zum Absenken der Schwelle für Drohnen-Angriffe geführt und ihre Anzahl stark ansteigen lassen. Wegen der erhöhten Präzision hätte bei der Durchführung von Drohnen-Angriffen schon längst mehr Rücksicht auf das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte genommen werden müssen.

5. Die Parlamentarische Versammlung ist alarmiert über die hohe Zahl der bei Drohnen-Angriffen getöteten Menschen, unter denen sich auch viele als "Kollateralschäden" bezeichnete, nicht an Kämpfen beteiligte zivile Opfer befinden; die Drohnen-Angriffe werden also nicht mit der von den Angreifern behaupteten "chirurgischen Präzision" durchgeführt. Die ständige Angst vor Drohnen-Angriffen – auch auf Schulen, Hochzeiten und traditionellen Stammesversammlungen – wirkt sich sehr störend auf das Leben der traditionellen Gesellschaften in den angegriffenen Staaten aus.

6. Drohnen-Angriffe werfen schwierige rechtliche Fragen auf, die abhängig von den jeweiligen Gegebenheiten in den Staaten sind, in denen sie stattfinden:

6.1. Die vom Völkerrecht geforderte Respektierung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität schließen jedes militärische Eingreifen auf dem Territorium eines anderen Staates aus, wenn die legitime Vertretung dieses Staates nicht dazu autorisiert hat. Es genügt nicht, wenn einzelne Militärs oder Geheimdienstler des (mit Drohnen) angegriffenen Staates die Angriffe dulden oder sogar dazu auffordern, sie müssen von einer legitimen Vertretung dieses Staates, am besten vom Parlament dieses Staates, genehmigt sein; Ausnahmen von der Pflicht zur Respektierung der nationalen Souveränität können aus der "Verantwortung zu schützen" erwachsen – zum Beispiel im Kampf gegen die berüchtigte Terroristengruppe IS; dann müssen aber trotzdem die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und das Völkerrecht geachtet werden.

6.2. Nach dem humanitären Völkerrecht, das bei bewaffneten Konflikten zu beachten ist, können nur Kombattanten legitime Ziele sein. Außerdem muss die Anwendung tödlicher Gewalt militärisch notwendig und angemessen sein; zusätzlich müssen angemessene Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, um Irrtümer zu verhindern und die Anzahl der zivilen Opfer möglichst gering zu halten.

6.3. Nach den international anerkannten Menschenrechten, die in Friedenszeiten gelten, aber auch bei bewaffneten Konflikten respektiert werden müssen, ist eine absichtliche Tötung durch staatliche Organe nur dann legal, wenn dadurch das Leben anderer Menschen geschützt wird und dieser Schutz nicht durch Gefangennahme oder nicht tödliches Ausschalten der Zielperson möglich ist.

6.4. Insbesondere nach Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention (s. http://www.echr.coe.int/Documents/Convention_DEU.pdf), und dessen Interpretation durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (Infos dazu s. http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Gerichtshof_f%C3%BCr_Menschenrechte), darf jemand das Recht auf Leben erst dann genommen werden, wenn nur dadurch das Leben anderer Menschen zu schützen ist und sie nur so gegen rechtswidrige Gewalt verteidigt werden können; Artikel 2 beinhaltet auch, dass gegen diejenigen strafrechtlich vorgegangen werden muss, die ohne die genannten Gründe gezielte Tötungen durchführen.

6.5. Um gezielte Tötungen (mit Drohnen) auch außerhalb nicht internationaler bewaffneter Konflikte vornehmen zu können, haben einige Staaten zahlreiche Gebiete in verschiedenen Weltgegenden einfach zu "Kampfgebieten des globalen Krieges gegen den Terror" erklärt. Dadurch droht die klare Trennungslinie zwischen bewaffneten Konflikten

und der Strafverfolgung Krimineller verwischt und die Achtung der Menschenrechte aufgeweicht zu werden.

7. Trotz einiger Erfolge in Gerichtsverfahren, die besonders von US-Medien (?) in Gang gesetzt wurden, unterliegt der Einsatz von Kampfdrohnen immer noch weitgehend der Geheimhaltung. Das trifft sowohl auf die Ergebnisse einzelner Angriffe und die dabei zu beklagenden "Kollateralschäden", als auch auf die Erstellung der Ziellisten und die getroffenen Maßnahmen zur Vermeidung ziviler Opfer zu.

8. Die Parlamentarische Versammlung fordert alle Mitgliedsstaaten und die Staaten mit Beobachterstatus auf:

8.1. beim Einsatz von Kampfdrohnen und der Unterstützung gezielter Tötungen die durch das Völkerrecht und die Menschenrechte gezogenen Grenzen strikt einzuhalten;

8.2. klare Regeln für die Anordnung von Drohnen-Angriffen festzulegen, deren Einhaltung ständig von einem hochrangigen Gericht überprüft wird; auch die Auswirkungen von Drohnen-Angriffen müssen von einem unabhängigen Gremium untersucht werden können;

8.3. die Definition des "nicht internationalen bewaffneten Konflikts" nicht immer weiter zu fassen und die dafür festgelegten Kriterien zu beachten, einschließlich des notwendigen Organisationsgrades nichtstaatlicher Kombattanten-Gruppen und einer bestimmten Intensität der Gewaltanwendung und deren Lokalisierung; **außerdem müssen Mitgliedsstaaten, die US-Drohnen-Angriffe durch die Zulassung von Relaisstationen auf ihrem Territorium erleichtern, selbst überprüfen, ob die jeweils durchgeführten Drohnen-Angriffe nach Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention überhaupt zulässig sind.**

8.4. umfassend und gründlich zu überprüfen, wer bei Angriffen mit bewaffneten Drohnen getötet wurde, damit festgestellt werden kann, wer widerrechtliche Drohnen-Angriffe angeordnet hat, dafür verantwortlich zu machen ist und unbeteiligte zivile Opfer oder deren Angehörige zu entschädigen hat;

8.5. die Kriterien und Verfahren zu veröffentlichen, die bei der Auswahl von Zielpersonen angewendet werden, und die Ergebnisse der Untersuchung der Todesfälle, die von Drohnen verursacht wurden, zu veröffentlichen;

8.6. die Weitergabe geheimdienstlicher Erkenntnisse oder anderer Informationen zu unterlassen

8.6.1. die es möglich machen, Zielpersonen durch die massenhafte automatisierte Überwachung von Kommunikations- oder anderen Daten zu lokalisieren;

8.6.2. auch so genannte "Signature Strikes" (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP01613_030213.pdf) zu unterlassen, bei denen die Zielperson nicht identifiziert ist und deren Anwesenheit nur vermutet wird – außer in bewaffneten Konflikten, wobei die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts zu beachten sind.

8.6.3. so genannte "Doppelschläge" zu unterlassen, bei denen auf den ersten Drohnen-Angriff ein zweiter folgt, der gegen Personen gerichtet ist, die Opfern des ersten Angriffs medizinische Hilfe leisten wollen.

9. Die Parlamentarische Versammlung fordert den Generalsekretär des Europarates auf, an die Mitgliedsstaaten mit eigenen Drohnen-Programmen und die Mitglieds-

staaten, die das US-Drohnen-Programm durch die Lieferung von Zielpersonen-Daten oder Hilfe bei der Datenübertragung unterstützen, eine Anfrage nach Artikel 52 der Europäischen Konvention für Menschenrechte zu richten, damit sie erläutern, wie sie bei Drohnen-Angriffen das Recht auf Leben garantieren wollen.

(Wir haben die Resolution komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Passagen, die das Verhalten der Bundesrepublik Deutschland betreffen, haben wir hervorgehoben. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Resolution 2051 (2015) Provisional version

Drones and targeted killings: the need to uphold human rights and international law

Author(s): Parliamentary Assembly

Origin – Assembly debate on 23 April 2015 (17th Sitting) (see Doc. 13731, report of the Committee on Legal Affairs and Human Rights, rapporteur: Mr Arcadio Díaz Tejera). Text adopted by the Assembly on 23 April 2015 (17th Sitting). See also Recommendation 2069 (2015).

1. The Parliamentary Assembly considers that the use of armed drones for targeted killings raises serious human rights and other international law issues.
2. The Assembly notes that several member States and States enjoying observer status with the Council of Europe or the Parliamentary Assembly have used combat drones as weapons of war or for carrying out targeted killings of people suspected of belonging to terrorist groups in a number of countries, including Afghanistan, Pakistan, Somalia and Yemen.
3. Several Council of Europe member States have purchased combat drones or are considering doing so, or have shared intelligence with States using combat drones for targeted killings, thus assisting them in carrying out drone attacks. Furthermore, the United States of America is provided with transmission stations in territories of Council of Europe member States that are playing an indispensable role in the execution of drone attacks.
4. Armed drones allow for the carrying out of attacks remotely, without placing the attacker's own personnel at risk of injury or capture. The ability of drones equipped with powerful sensors to loiter over a potential target for some time enables the decision on launching a strike to be based on particularly precise and up-to-date information. These advantages have contributed to lowering the threshold for intervention and increasing the number of drone strikes in recent years. At the same time, the increased precision of drone strikes provides the opportunity to improve compliance with international humanitarian and human rights law.
5. The Assembly is alarmed at the high number of lethal drone attacks, which have also caused considerable unintended "collateral damage" to non-combatants, in contrast with the "surgical" nature of such strikes claimed by those launching them. The constant fear of

drone attacks engendered by strikes hitting schools, weddings and tribal assemblies has disrupted the life of traditional societies in the countries of operation.

6. Drone strikes raise serious legal issues, which differ depending on the circumstances in which the strikes are launched:

6.1. national sovereignty and the respect for territorial integrity under international law forbid military interventions of any kind on the territory of another State without valid authorisation by the legitimate representatives of the State concerned. Military or intelligence officials of the State concerned tolerating or even authorising such interventions without the approval or against the will of the State's representatives (in particular the national parliament) cannot legitimise an attack; exceptions from the duty to respect national sovereignty can arise from the principle of the "responsibility to protect" (for example in the fight against the terrorist group known as "IS"), in accordance with, and being mindful of, the principles of the Charter of the United Nations and international law;

6.2. under international humanitarian law, which applies in situations of armed conflict, only combatants are legitimate targets. In addition, the use of lethal force must be militarily necessary and proportionate and reasonable precautions must be taken to prevent mistakes and minimise harm to civilians;

6.3. under international human rights law, which generally applies in peacetime, but whose application has permeated also into situations of armed conflict, an intentional killing by State agents is only legal if it is required to protect human life and there are no other means, such as capture or non-lethal incapacitation, of preventing that threat to human life;

6.4. in particular, under Article 2 of the European Convention on Human Rights (ETS No. 5), as interpreted by the European Court of Human Rights, the deprivation of the right to life must be absolutely necessary for the safeguarding of the lives of others or the protection of others from unlawful violence. Article 2 also requires timely, full and effective investigations to hold to account those responsible for any wrongdoing;

6.5. in order to justify a wider use of targeted killings, the notion of non-international armed conflict has been extended by some countries so as to include numerous regions across the world as "battlespaces" of the "global war on terror". This threatens to blur the line between armed conflict and law enforcement, to the detriment of the protection of human rights.

7. Despite some recent progress due to successful court challenges, in particular by the American media, attacks by combat drones are still largely shrouded in secrecy. This relates to both the actual outcome of individual attacks, including the extent of any "collateral damage", and the decision-making process for targeting individuals and balancing potential harm to non-combatants.

8. The Assembly calls on all member and observer States, as well as States whose parliaments have observer status with the Assembly, to:

8.1. scrupulously respect the limits placed on targeted killings under international law and international humanitarian and human rights law, in particular with respect to the use of combat drones;

8.2. lay down clear procedures for authorising strikes, which must be subject to con-

stant supervision by a high-level court and ex post evaluation by an independent body;

8.3. avoid widening the notion of “non-international armed conflict” by continuing to respect established criteria, including the requisite degree of organisation of non-State groups and a certain degree of intensity and localisation of violence. Also, US drone strikes facilitated by transmission co-operation on the territory of member States must be investigated by the member States themselves, so as to ensure compliance with Article 2 of the European Convention on Human Rights;

8.4. fully and effectively investigate all deaths caused by armed drones in order to hold to account those responsible for any wrongdoing and to compensate any victims of wrongful attacks or their relatives;

8.5. publish the criteria and procedures used for targeting individuals and the results of the investigations carried out into deaths caused by the use of combat drones;

8.6. refrain from using, or providing intelligence information or other input for:

8.6.1. any automated (robotic) procedures for targeting individuals based on communication patterns or other data collected through mass surveillance techniques;

8.6.2. so-called “signature strikes” not based on the precise identification of a targeted person, but on the target’s pattern of behaviour (except in situations of armed conflict, provided the rules of international humanitarian law are respected);

8.6.3. so-called “double-tap strikes”, involving a second strike targeting first responders (for example persons providing medical assistance to the victims of a first strike).

9. The Assembly urges the Secretary General of the Council of Europe to launch an Article 52 procedure under the European Convention on Human Rights to request information on the manner in which State Parties implement the provisions of the Convention concerning the right to life, with particular reference to their own drone weaponising programmes, and their co-operation with American programmes through information-sharing, and facilitation of targeted killings by drones.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern